Nummer 213 — 25. Jahrgang
6mal wöch. Bezugspreis für Septbr. 3.00 ℳ einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 80 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 ℳ. Offertengebühren für Selbstabholer 30 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr. 15 ₰. Geschäftlicher Teil: J. Hillebrand in Dresden

Sächsische Volkszeitung

Sonntag, 19. September 1926
Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-Buchdruckerei GmbH., Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 25612. Postscheckkonto Dresden 14797. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 25711 und 25712.

Bindfaden
Gurte
Seilerwaren
Gebr. Heußinger
Seilerwarenfabrikation
Dresden-A.
Zahnsgasse 10
Flemmingstr 4.
Gegr. 1867 Fernruf 26712

Juwelier
Carl
Frötschner
Schieß. 6
Dresden

August Förster Flügel u. Pianos
Stammhaus Löbau (Sa.) Centraltheater-Passage
Dresden, Waisenhausstr. 8 Anr.: 14072
in höchster Vollendung.

Die uralte Idee

Die Idee eines Völkerbundes ist nicht erst seit gestern, sondern schon Jahrhunderte alt. Als Deutschland noch in ein paar hundert Kleinstaaten zerfallen war, als die Fehden von Fürst gegen Fürst kein Ende nehmen wollten, als das deutsche Reich im 6. Jahrhundert nur eine lose Vereinigung autonomer Staaten und Städtchen war, war der Schiedsgerichtsgedanke bei uns schon in scharf ausgeprägter Form anzutreffen.

Als die Not der Zeiten um die Wende des 18. Jahrhunderts (Napoleonische Kriege) die deutschen Staaten auf den Weg neuen Zusammenschlusses wies, das völkerrechtliche Gebilde des deutschen Bundes unter den deutschen Fürsten zustande kam zur Wahrung ihrer eigenen Unabhängigkeit und zur Sicherung Deutschlands, da trat für die Regelung von Streitigkeiten zwischen den untereinander unabhängigen Bundesstaaten der Schiedsgerichtsgedanke in neue Erscheinung, in dem Selbsthilfe und Krieg untereinander ausgeschlossen sein sollten. In Streitfällen war die Bundesversammlung anzurufen, die die Aufgabe hatte, Frieden zu stiften. Bis zum Jahre 1845 wurden nicht weniger als 25 Streitigkeiten von der Bundesversammlung in Güte erledigt. In früheren Zeiten hätten diese Streitfälle fast durchweg zu kleinen Kriegen geführt, in denen nicht das Recht, sondern die Macht und Gewalt entschieden hätten.

Auch in der alten Reichsverfassung vom Jahre 1871 treffen wir den Schiedsgerichtsgedanken an. Sie übertrug dem Bundesrat die Aufgabe, zwischenstaatliche Verfassungsstreitigkeiten zu erledigen und zu schlichten.

Ein kurzer geschichtlicher Ueberblick zeigt, daß Deutschland von jeher ein Hort des Schiedsgerichtsgedankens war. Deshalb kann ihm auch der Schiedsgerichtsgedanke in der Welt nicht fremd sein. Die Entwicklung zur Bindung im Recht die von der Familie, von losen Familienverbänden, Stämmen zu Staaten und Staatsverbänden geführt hat, wird auch über den Staatsverband hinausführen zu einem Gemeinwesen der ganzen Menschheit, zum Völkerbund.

•

Neben der politisch-geschichtlichen Entwicklung zum Völkerbund sehen wir auch die wirtschaftlichen Vorläufer des Völkerbundes. In den letzten Jahrzehnten zwangen die großen wirtschaftlichen Fragen zur Bildung von Zweckverbänden der Staaten mit internationalem Charakter. Dem Uebereinkommen des internationalen Eisenbahnfrachtverkehrs schlossen sich 13 Staaten an; der am 1. Juli 1878 auf Deutschlands Antrag geschaffene Weltpostverein umfaßt mit Ausnahme einiger kleiner unbedeutender Staaten fast alle Staaten der ganzen Erde. Dem „Internationalen Telegraphenverein" schlossen sich 1875 fast alle Staaten der Erde an. Es sei weiter erinnert an die internationalen Abkommen zum Schutze der menschlichen Gesundheit, zur Bekämpfung des Mädchenhandels, über den Arbeiterschutz usw.

Von allergrößter Bedeutung sind die internationalen Abkommen über das Kriegswesen zu Wasser und zu Lande, die Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1907. Allen diesen internationalen Vereinbarungen fehlte jedoch der verpflichtende Zwang für alle Staaten, ihr gegenseitiges Verhalten auf die Basis der Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit zu stellen. Ein geschichtlicher Rückblick beweist, daß die geschichtliche Entwicklung der Staaten selbst es ist, die zur Zusammenfassung der Staaten in einem allgemeinen Völkerbund drängt.

Die Notwendigkeit des Völkerbundes ergibt sich aus dem unter Blut und Tränen erfolgten totalen Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation und Kultur im Weltkrieg. Das Bündnissystem, das Prinzip vom „Gleichgewicht der Mächte" beherrschte die Weltpolitik bis zum Jahre 1914. Die Triebfeder des alten politischen Systems im Zusammenleben der Völker war Gewalt. Alle einzelnen Bindungen der Staaten untereinander haben dieselben nicht gehindert, im gegebenen Fall nach ihren „Interessen" zu handeln. Nach dem modernen herrschenden internationalen politischen Gebrauch ist jeder Staat souverän und unabhängig: alle beschreiten, wenn sie sich stark genug fühlen, den Weg der Gewalt. Es herrschte ein Zustand der Anarchie im Nebeneinander der Völker. In nichts kommt diese internationale Anarchie so zum Ausdruck als in der Tatsache, daß Staaten gegen ihren Willen in die Greuel des Krieges hineingestürzt wurden. Im Weltkriege erlebten wir mit Erschütterung den Zusammenbruch dieser Gewaltanarchie.

An die Stelle der Gewalt muß das Recht in den Beziehungen der Völker untereinander treten. Das Recht hat im innerstaatlichen Leben sich schon längst siegreich durchgesetzt. Ohne gesetzliche Ordnung gibt es kein Staatswesen, ohne internationale Rechtsordnung kein gesicheries freies Weltwesen. Der Völkerbund ist nur die sinnentsprechende Uebertragung der inneren Staatsordnung auf die äußere Staatenordnung. Er ist die Organisation der Gemeinschaft im Recht. Der Völkerbund will einer neuen Auffassung von Politik zum Sieg verhelfen: er muß das ewige Recht an die Stelle der augenblicklichen veränderlichen Gewalt setzen. Bei Konfliktsfällen unterwerfen sich die Staaten dem obligatorischen Schiedsspruch des Völkerbundes.

Notwendig ist als erste Voraussetzung für den wahren Völkerbund der Verzicht auf die Gewalt, die allgemeine Abrüstung zu Wasser und zu Land, die Gleichheit der Staaten vor dem Völkerbund. Der Stärkere hat nicht mehr Recht, als der Schwächere, der größere Staat nicht mehr als der Kleinstaat. Recht bleibt Recht. Das Recht richtet sich auch beim Einzelmenschen nicht nach Körperfülle, Größe und Gewicht. Das Meer muß frei sein für den Weltverkehr.

Wenn die Gewalt aus dem Völkerleben beseitigt werden soll, darf nicht ein Volk allein nur Machtmittel in der Hand haben, wie es der Besitz von Meerengen darstellt. Das Prinzip der „offenen Tür" muß international durchgeführt werden.

Eine letzte Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung des Problems des Völkerbundes sehen wir endlich im innerpolitischen Frieden der einzelnen Nationen. Es ist eine Heuchelei und ein Selbstbetrug, im einen Volke zum Bürgerkrieg zu rüsten und im gleichen Atemzug nach Völkerfrieden und Völkerversöhnung zu rufen. Die von der christlich-nationalen Arbeiter- und Beamtenbewegung angestrebte Verständigung zwischen den einzelnen Klassen und Ständen ist die wertvollste Unterlage für ein Gedeihen der internationalen Verständigung des Völkerbundes.

•

Im März dieses Jahres ist unsere Aufnahme in den Völkerbund am Widerstand Brasiliens und Spaniens gescheitert. Dabei spielte die Frage der Erteilung eines Ratssitzes an Polen, hinter dem Frankreich steht, eine wesentliche Rolle. Unterzieht man jene Vorgänge im März einer kurzen Betrachtung, so kann man aus ihnen ersehen, welch großes Ansehen Deutschland im Ausland genießt und welchen Respekt, — vielleicht auch welche Angst — das Ausland Deutschland entgegenbringt. Man stelle sich vor: Der Völkerbund zählt zehn Mitglieder, unter denen acht im Weltkrieg auf der gegen Deutschland kämpfenden Seite gestanden haben, darunter die vier von Waffen strotzenden Großmächte. Als neuntes ist das mit Frankreich im Marokkokrieg verbündete Spanien vertreten, dessen Repräsentant der halb zum Franzosen gewordene vieljährige Pariser Botschafter Quinones de Leon ist. Der einzig neutrale Staat ist das weltpolitisch kleine und machtlose Schweden. Man kann ruhig sagen, daß der Völkerbund im März eine Vertretung der Siegerstaaten war.

Nun kommt Deutschland und pocht an die Tore von Genf und wünscht seine Aufnahme in den Völkerbund. Da geraten alle neun Staaten in die größte Unruhe. Zahlenmäßig haben diese neun Staaten ja gar nichts zu befürchten, sie sind und bleiben ja immer die Uebermacht — und trotzdem hielten sie es damals für notwendig, die Hereinnahme Polens als Gegengewicht gegen die Aufnahme Deutschland zu verlangen. Der Ententegeist bäumte sich auf, als Deutschland in dieses Siegerstaatenidyll des Völkerbundes seinen Einlaß begehrte.

Und dieser Ententegeist muß aus dem Völkerbund verschwinden, soll er ein wahrer Völkerbund werden, wie wir ihn als Idee gezeichnet haben. Genf ist der gegebene Ort, an dem wir konsequent und mit offenem Visier unsere seit 1919 verfolgte, zielbewußte und klare Außenpolitik mit größtem Nachdruck und mit bester Aussicht verfolgen und wirtschaftlich mit Frankreich zusammenzuarbeiten, da es im deutschen Interesse liege, ein wirtschaftlich blühendes und freundlich gesinntes Frankreich als Nachbarn zu haben.

(Forts. s. Seite 2.)

„Das Geheimnis von Thoiry"

Der wichtigste Augenblick der Genfer Tagung — Räumung gegen wirtschaftliche Zugeständnisse — Herabsetzung und Kommerzialisierung der Reparationsschuld?

Paris, 18. September.

Briand, der gestern von Genf abgereist ist, hat scherzhaft die Besprechung, die gestern zwischen ihm und Stresemann in dem kleinen Städtchen Thoiry am Genfer See stattgefunden hat, „Das Geheimnis von Thoiry" genannt. Ueber dieses Geheimnis zerbricht sich heute ganz Paris den Kopf. Die Morgenpresse spricht die Vermutung aus, daß die Verhandlungen in Paris zu Ende geführt werden. Das „Echo de Paris" schreibt, Stresemann werde bei seinen Landsleuten den Ruhm genießen, daß er der Mann der Räumungspolitik gewesen sei und daß er sie gut durchgeführt habe. Gestern abend habe man erklärt, daß die deutsch-französischen Beziehungen unter dem **Gesichtspunkte der industriellen Zusammenarbeit** stehen müßten. **Es würden Frankreich gegen die Räumung des Rheinlandes beträchtliche wirtschaftliche Vorteile angeboten werden.** In Genf gehe das Gerücht, daß sich der deutsche Wirtschaftsminister Dr. Curtius zu einer Besprechung mit Loucheur nach Genf begeben werde.

„Oeuvre" sagt, in der Frage der Verminderung der Besatzungstruppen könne Frankreich einem Deutschland größere Zugeständnisse machen, das sich zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich zusammenfinde, als einem Deutschland, das es lediglich darauf abstelle, einen sofortigen Vorteil aus den Locarnoverträgen zu ziehen. — Die „Volonté" ist der Ansicht, die Zurückhaltung, die sich Briand auferlege, lasse vermuten, daß gewisse Einflüsse, die nicht vom französischen Außenministerium ausgingen, verhindern, der Locarnopolitik Zügel anzulegen. (Gemeint ist Poincaré. D. Red.) Eine solche Einschränkung könne nicht zugelassen werden.

Der „Matin" schreibt, **die deutschen Forderungen seien zum Teil verständlich, zum Teil diskutabel.** Es handele sich im Grunde nur darum, die Entscheidungen zu beschleunigen, die der Versailler Vertrag früher oder später, auf jeden Fall aber vor 1935 vorausgesehen habe. Die Politik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sei nur dann nützlich, wenn sie in ihren logischen Konsequenzen fortgesetzt werde. **An dem Tage, an dem deutsche und französische Bevollmächtigte in Amerika erklärten, die beiden Länder hätten unter sich die Frage des Weltkrieges liquidiert und Frankreich sei bereit, sich mit einer geringeren Summe zu begnügen, als mit der, die der Dawes-Plan vorsehe und Deutschland sei dagegen bereit, seine Schuld zu kommerzialisieren, könnten weder Washington noch London diese Anregungen zurückweisen.** Das sei der Weg, den die beiden Länder einschlagen könnten.

London, 18. September (Drahtm.)

Das Friedensfrühstück von Thoiry wird in der Presse viel besprochen. Die „Westminster Gazette" bezeichnet in ihrem Genfer Bericht die Unterredung zwischen Stresemann und Briand als den wichtigsten Augenblick in der Genfer Zusammenkunft. Der Sonderberichterstatter des „Daily News" in Genf schreibt, **es bestehe Grund zu der Annahme, daß Briand bereit sei, fast alles auf den Erfolg der neuen Vorschläge zu setzen. Die siebente Völkerbundsversammlung werde mehr bedeuten als nur den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.**

Wie Reuter von gut unterrichteter deutscher Seite erfahren haben will, bestand der Zweck der Begegnung in der Erörterung allgemeiner Bedingungen für **ein möglichst umfassendes Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland,** das allen Argwohn und alle Differenzen der Vergangenheit beseitigen solle. Von deutscher Seite sei daran gedacht.

Heute:
Die reichhaltige Beilage:
„Unterhaltung und Wissen in Wort und Bild"
und **„Die Literatur"**